

lungsfähigkeit der Kleinstaaten schwindet und in einem komplexen Regelwerk internationaler Übereinkommen aufgeht.

Die Interessen der kleinen Volkswirtschaften werden schon bei den internationalen Verhandlungen und den dabei entstehenden Vertragswerken nur zufällig wahrgenommen. Noch rücksichtsloser läuft die Entwicklung bei transnationalen Unternehmen und ihren Beziehungen zu Staaten mit entsprechenden Rückwirkungen auf die jeweilige Standortpolitik.

Um so schwieriger ist es bei den entsprechenden Verhandlungen in internationalen Gremien als ernstzunehmender Akteur aufzutreten. Wenn die verbleibenden Möglichkeiten der Beeinflussung des Geschehens genutzt werden sollen, ist es unabdingbare Voraussetzung, eine profunde Sachkenntnis und die Überzeugungskraft des «ehrlichen Maklers» anzubieten. Die Aufgaben bei der OECD unterscheiden sich dabei wesentlich von denen in der EU, wo tatsächlich nationale Interessen mit Nachdruck einzubringen sind, um die Akzeptanz im politischen Alltag sicherzustellen. Bei der OECD geht es hingegen viel mehr um Rahmenrichtlinien und übergeordnete Regelungen mit Empfehlungscharakter ohne direkte juristische Sanktionsmöglichkeit, da es sich auch nicht um Rechtsetzungsprozesse handelt. Dafür sind die Regelwerke aber so gestaltet, dass der offen und bewusst Zuwiderhandelnde an den Pranger gestellt und von gruppenspezifischen Vorzugsbehandlungen ausgeschlossen wird. Dass bei manchen Regelungsvorschlägen seitens der OECD der Konsens nicht mehr im Vordergrund steht, weil über das notwendige Mass hinaus gegangen wird - die USA sehen zur Zeit sehr vieles unter dem griffigen Titel «fighting terrorism» - ist inzwischen leider Realität. Wer dabei kritisch hinterfragt oder gar zögert, wird sehr rasch in die Reihe jener Länder gestellt, die nicht mehr weit vom Schurkenstaat entfernt sind.

Andererseits muss aber gerade ein Kleinstaat darauf bedacht sein, eingegangene Verpflichtungen aus internationalen Verträgen und Vereinbarungen genauestens einzuhalten.

Die Rolle des Kleinstaates in der OECD ist theoretisch sehr gross, man kann eine Einigung durch ein Veto verhindern, damit aber auch an sich durchaus vernünftige und höchst wünschenswerte Regelungen scheitern lassen. Politisch ist ein Veto natürlich im Alleingang kaum möglich, die Frage der Koalition in Sachfragen stellt sich daher sehr frühzeitig und muss gründlich und bestens durchargumentiert aufbereitet